

Der Südmährer

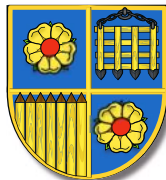
Zeitschrift für die Heimatkreise



Znam



Nikolsburg



Zlabings



Neubistritz

72. Jahrgang, Heft 2

Februar 2019

Internet: www.suedmaehren.de

oder www.suedmaehren.com

E-Mail: slr@suedmaehren.de

oder slr@suedmaehren.com

Kulturverb. d. Südmährer in Österreich: www.suedmaehren.at · E-Mail: elsinger@suedmaehren.at

Bild aus der Heimat: Naschetitz im Kreis Znam



Die Kapelle zur Schmerhaften Muttergottes bestand seit 1804, 1839 erfolgte dann die Erweiterung zur Kirche

Posselt kritisiert Vertreibung und Verfolgung

Der Europapolitiker Bernd Posselt, Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe sowie Landesvorsitzender der Union der Vertriebenen und Aussiedler in der CSU, hat zum Tag der Menschenrechte (10. Dezember) dazu aufgerufen, endlich ein international kodifiziertes Recht auf die Heimat, ein strafbewehrtes weltweites Vertreibungsverbot sowie ein Europäisches Volksgruppen- und Minderheitenrecht zu schaffen.

In der EU könnten Mitgliedstaaten, auf deren heutigem Territorium Massenvertreibungen stattgefunden hätten, gemeinsam mit solchen, in denen besonders viele Vertriebene lebten, ein eindrucksvolles Zeichen der Versöhnung setzen, indem sie als Lehre aus der Geschichte diese drei sehr aktuellen Anliegen gemeinsam vorantreiben.

Derzeit gebe es weltweit so viele Heimatvertriebene und Flüchtlinge wie niemals seit der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch Zwangsassimilierung und brutale Verfolgung müssten Minderheiten und Völker ohne Staat nach wie vor in besonderer Weise erleiden. Posselt nannte als aktuelles Beispiel das Volk der Uiguren in

China, von dem derzeit über eine Million in sogenannten Umerziehungslagern sitze: „Auf diese heftige Repression, deren PaLETTE von Mord über Folter bis hin zur Gehirnwäsche reicht, darf der Westen nicht länger antworten, indem er mit Peking ‚Business as usual‘ macht. China ist nicht der Erretter des freien Welthandels, sondern verfügt über ein Terrorssystem, das von Tag zu Tag schlimmer wird.“

Kritik übte Posselt auch an der menschenrechtswidrigen Politik des russischen Putin-Regimes, die derzeit in der Meerenge von Kertsch und in der Ostukraine eskaliere: „Tausende von Menschen sterben in einem oftmals vergessenen Konflikt, der in Wirklichkeit ein von Moskau geführter Krieg ist, und auf der völkerrechtswidrig annektierten Krim findet eine grausame Verfolgung der tatarischen Ureinwohner statt.“

Die Aufgabe der deutschen Heimatvertriebenen und ihrer Nachkommen sei, die durch ihr eigenes Schicksal erworbene besondere Sensibilität für Menschenrechte in die öffentliche Debatte zu diesem Thema einzubringen.

(aus Sudetendeutsche Zeitung)

WEIHNACHTSRUNDSCHREIBEN

von Reinfried Vogler, Präsident der Sudetendeutschen Bundesversammlung

Liebe Landsleute, wieder stehen wir an der Schwelle zu einem neuen Jahr, Zeit inne zu halten, Bilanz über das auslaufende Jahr zu ziehen und neue Vorsätze für das kommende Jahr zu fassen. Zunächst hatten wir uns in diesem Jahr daran erinnert, dass vor 100 Jahren der Erste Weltkrieg zu Ende ging. Für die Tschechen eine Freude, konnten sie doch im Oktober 1918 ihre Erste Tschechoslowakische Republik gründen, deren 100-jähriges Bestehen sie in diesem Herbst mit großem Aufwand begingen, obwohl weder der Name, noch das Staatsgebiet oder das Staats-

volk mit der Gründung übereinstimmen. Für die Sudetendeutschen war es Enttäuschung, da trotz anderweitiger demokratischen Beschlüsse der Sudetendeutschen, tschechisches Militär die deutschsprachigen Siedlungsgebiete der ehemaligen Länder der böhmischen Krone mit massiver Gewalt okkupierte, was auch zu ersten Todesopfern führte. Damit begann der Leidensweg der Volksgruppe mit einer Fülle von Maßnahmen der Benachteiligung und Unterdrückung, die erklärtermaßen zur Assimilation und „Entgermanisierung“ der uralten deutschen Siedlungsgebiete führen sollten.

Damit kam eine Entwicklung in Gang, die Viele schon während und nach dem Abschluss der Friedensverträge der Pariser Vororte vorausgesagt hatten und die schließlich vor 80 Jahren in München kulminierte. Auch an diese Entwicklung haben wir gedacht, war sie ja damals für das Gros der Sudetendeutschen die verspätete Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes und die Befreiung von Benachteiligung und Unterdrückung. Und wäre dies nicht auch die Erkenntnis und Überzeugung der Politik in Großbritannien und Frankreich (und auch in anderen Ländern) gewesen, hätten sie sicher nicht Benesch und seine Regierung massiv unter Druck gesetzt, die überwiegend deutsch besiedelten Gebiete an Deutschland abzutreten. Sie wollten keinen Krieg führen für eine in ihren Augen nicht gerechte Sache. Und dass diese Sicht damals in Europa und darüber hinaus vorherrschend war wird nicht zuletzt darin deutlich, mit welchem Jubel Chamberlain und Daladier in ihren Heimatländern nach Abschluss des Abkommens zur Durchführung der Abtretung empfangen worden sind. Dass sie damals einem machthungrigen und wortbrüchigen Demagogen aufgefressen waren, wurde im März 1939 offenkundig, für manche Sudetendeutsche schon unmittelbar nach dem Anschluss und der Mehrzahl nach Kriegsausbruch.

Der Krieg und die reichsdeutsche Politik im Protektorat Böhmen und Mähren haben Benesch im Exil den Anlass geboten, seinen schon 1918 angestrebten „homogenen“ Nationalstaat mit der Vertreibung der Sudetendeutschen 1945 endlich zu realisieren. Beneschs Anbiederung an Stalin, um dessen Zustimmung zur Vertreibung der Deutschen als Basis für die Zustimmung der anderen Alliierten zu bekommen, die dann willkommene Einbindung der Kommunisten in die sogenannte „wilde“ Vertreibung und der Wegfall des deutschen Wählerpotentials haben dann 1948 zur vollen Machtergreifung der Kommunisten in der Tschechoslowakei geführt – der nächste runde Gedenktage, an den wir uns erinnern haben. Der Eiserner Vorhang war heruntergefahren und hatte den Tschechen eine neue Diktatur beschert.

Das nächste runde Gedenkjahr kam 1968 mit dem Prager Frühling und dem Versuch,



mit einer neuen Form des Sozialismus den Stalinismus abzulösen. Dieser Versuch, der mit einer emotionalen Aufbruchstimmung im ganzen Land verbunden war, wurde im August mit militärischer Gewalt durch Truppen des Ostblockes niedergeschlagen – viele Tschechen flüchteten in der Folge in den Westen. In dieser Zeit entstanden schon zahlreiche Kontakte zwischen Sudetendeutschen und Tschechen, die dann nach der Samtenen Revolution die Basis für die breite Welle von Verbindungen über die Grenze wurden und damit die Politik der Verständigung beflügelten.

Wie sieht unsere Bilanz für das Jahr 2018 aus?

In der Politik sind weltweit, vor allem aber in Europa die Begriffe Menschenrechte, Vertreibung und Flucht die am meisten angesprochenen Themen. Was sicher daran liegt, dass die Probleme mit diesen Themenkreisen eher größer als kleiner werden und wirksame Maßnahmen zur Eindämmung oder Vermeidung von Verstößen entweder nur zögerlich oder gar nicht ergriffen werden.

Was die Vertreibungen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg angeht, so haben die Vertreiberstaaten im Südosten sich weitgehend von den Vertreibungen ent-

schuldigend distanziert, darüber hinaus in verschiedenen Formen versucht Wiedergutmachung materiell zu leisten bis hin zur Aufforderung zur Rückkehr und weitgehender Restitution. Am zurückhaltendsten sind vor allem Polen und die Tschechische Republik. In letzterer sind zwar die Sudentendeutschen relativ stark in der öffentlichen Diskussion, aber ohne Auswirkung auf tatsächliches politisches Handeln. Zwar gibt es seit Havel entschuldigende Äußerungen aus den verschiedenen politischen Ebenen – auch auf Sudetendeutschen Tagen, es gibt Aktivitäten wie den Brünner Versöhnungsmarsch und zahlreiche Maßnahmen im öffentlichen, vor allem kommunalen, Bereich – es gibt aber trotz der immer wieder von Regierungsseite erklärten Obsolütät der Beneschdekrete immer wieder Urteile von tschechischen Gerichten, die sich auch heute noch auf die Wirksamkeit dieser Dekrete berufen. Da sich hier eklatant die beim Beitritt Tschechiens zur EU gehegten Hoffnungen nicht erfüllt haben, wäre eigentlich Europa gefordert.

Dass in der tschechischen Politik aktuell die Sudetenfrage eher eine schwächere Position als vor einiger Zeit einnimmt, liegt sicher an der labilen innenpolitischen Lage, verbunden mit persönlichen Reibereien und Korruptions- und Skandalfällen, sicher aber auch daran, dass klassische Wertvorstellungen kaum eine Rolle spielen.

Was die Lage in der Volksgruppe anlangt, so ist diese vor allem geprägt durch den deutlichen Generationswandel, der insbesondere an die Organisation neue Anforderungen stellt. In der Sacharbeit waren die beiden Leitthemen des Jahres „Unrechtsdekrete beseitigen – Europa zusammenführen“ (BdV) und „Verständigung suchen – Europas Mitte gestalten“ (SL) Themen, die der aktuellen Entwicklung entsprachen, dabei aber auch die Kontinuität unserer Politik deutlich beschrieben.

Die Bundesversammlung hat im ablaufenden Jahr hervorragende Arbeit geleistet, indem sie nach der Überarbeitung der Satzung nunmehr auch die Wahlordnung und ihre Geschäftsordnung grundlegend überarbeitet hat und damit den Rahmen für eine fruchtbare und effektive Arbeit geschaffen hat. Mit ihren sachlichen Diskussionen und ihrer Fähigkeit zum Kompromiss über unterschiedliche Meinungen

hinweg, hat sie beeindruckend ihren Anspruch unterstrichen, als höchstes demokratisch legitimes Organ der Volksgruppe zu agieren.

Im Jahre 2019 werden sicher zwei Vorgänge in Erinnerung zu rufen sein, deren hundertster Jahrestag ansteht: zum einen der 4. März 1919, wo zum zweiten Mal (nach der Okkupation Ende 1918) die tschechische Staatsmacht mit Waffengewalt gegen deutsche Bürger des von ihr reklamierten neuen Staates vorging und wo durch Waffeneinsatz gegen demokratisch Demonstrierende 54 Tote zu beklagen waren; und zum anderen im Sommer 1919 die Friedensverträge von Versailles und vor allem von St. Germain, wo praktisch ohne konkrete Beteiligung der Besiegten ohne Rücksicht auf die Betroffenen Bedingungen diktiert wurden, die den eben noch proklamierten Thesen Wilsons zur Selbstbestimmung diametral entgegenstanden und die die weitere Entwicklung Europas in den folgenden Jahren massiv beeinflussten.

In beiden Fällen wird weder nach Schuld und Anklage zu suchen sein, es wird aber darauf ankommen, aufzuzeigen, dass nur eine wertorientierte Politik, die im Dialog eine Verständigung mit allen Beteiligten sucht, Aussicht auf friedentiftende, zukunftssträchtige und tragfähige Lösungen hat.

Dies liegt voll auf der Linie der von uns seit Jahrzehnten betriebenen Politik des Dialogs und der Verständigung auf der Basis der Menschenrechte im weitesten Sinn. Und es trifft sich mit dem Motto zum Sudentendeutschen Tag 2019: „Ja zur Heimat im Herzen Europas“.

In diesem Sinne bedanke ich mich bei Ihnen für Ihre treue und beständige, fruchtbare und konstruktive Mitarbeit in diesem auslaufenden Jahr und bitte Sie sehr herzlich auch in der Zukunft um Ihre wertvolle Mitarbeit. Wir haben ein bewährtes und dennoch aktuelles Sachprogramm, das sich an den Grundwerten des christlichen Abendlandes ausrichtet und nicht dem Zeitgeist nachläuft. Wenn wir selbst uns geschlossen hinter dieses Konzept stellen und dieses mit Selbstvertrauen und Ausdauer vertreten, werden wir auch immer mehr Freunde finden, die uns unterstützen. Und nachdem wir in den letzten Jahren die Rahmenbedingungen für die Arbeit der

Bundesversammlung aktualisiert und optimiert haben, können wir uns in der Zukunft verstärkt auch mit den Grundlagen und Inhalten der weiteren Sacharbeit befassen. Dazu fordere ich Sie schon heute auf.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes, glückliches und erfolgreiches Jahr 2019!

Ich freue mich darauf, Sie zur nächsten Sitzung im März 2019 wieder persönlich begrüßen zu können und grüße Sie in landsmannschaftlicher Verbundenheit und mit den besten Grüßen

Ihr



Die Gewöhnung an das Unrecht

von Gernot Facius

Was für ein Jahr! 2018 zeigte sich Europa im Krisenmodus. Alte Gewissheiten wurden Makulatur. Politische Stabilität ging verloren, Regierungen wanken. Einstige Hoffnungsträger werden entzaubert. Die Berliner Koalitionäre hangeln sich in diesem Advent von Kompromiss zu Kompromiss – und denken insgeheim schon an andere Konstellationen. Und Monate vor dem Jubiläum ihrer samtene Revolution des Jahres 1989 drohen Václav Havels politische Erben im Morast bizarrer Affären zu versinken. Tschechiens Wirtschaftsdaten weisen weiter nach oben: dieses Faktum garantiert eine gewisse Ruhe in der Bevölkerung. Aber die politische Moral im Lande tendiert gegen Null. So hat sich Ende der 1990er-Jahre der inzwischen verstorbene Kardinal Vlk ausgedrückt. Dieser Befund ist heute so aktuell wie damals. Fast drei Jahrzehnte nach dem Sturz der roten Diktatur wäre es eigentlich höchste Zeit, ein glaubwürdiges Zeichen der Verständigung und des Ausgleichs an die 1945/46 vertriebenen ehemaligen deutschen Mitbürger zu senden. Doch in Prag herrscht eisiges Schweigen. Man verschanzt sich weiter hinter der ominösen Deutsch-Tschechischen Erklärung vom Jänner 1997: sie wird als Schlussstrich unter die Vergangenheit gedeutet. Präsident Miloš Zeman hat bei seiner Potsdam-Visite im September mit der Beteuerung Eindruck zu schinden gesucht, dass Prag, anders als Warschau, keine Reparationsforderung an Deutschland stellen werde. Einige naive Gemüter sind

ihm auf den Leim gegangen, sie haben ignoriert, dass Tschechien bis heute auf riesigen Vermögenswerten der Vertriebenen sitzt. Wer daran rührt, hat Zeman in Potsdam zu Protokoll gegeben, sei ein Friedensstörer. Solche Art Rhetorik kennt man noch aus der Vor-Wende-Zeit, da unterscheidet sich die Prager Elite von heute nicht wesentlich von ihren kommunistischen Vorgängern.

Es gab einmal die – zugegeben: vage – Hoffnung, nach dem tschechischen Beitritt zur Europäischen Union würden sich die aus der Vergangenheit herrührenden bilateralen Probleme im „europäischen Geist“ lösen lassen. Ein Trugschluss, wie sich bald herausgestellt hat. Nicht einmal eine symbolische Entschädigung für das geraubte sudetendeutsche Eigentum kam zustande. Die Frage ist nur zu berechtigt: Wer wird 2019, wenn das EU-Parlament neu gewählt wird, den Mut aufbringen, an die ungelösten vermögensrechtlichen und moralischen Probleme, die das deutsch-tschechische Verhältnis belasten, zu erinnern? Weder in Berlin noch in München sind derzeit konstruktive Ansätze zu erkennen. Prag kann darauf bauen, dass die Macht des Faktischen, die Gewöhnung an das Unrecht, in der „Wertegemeinschaft“ EU stärker ist als der Wille, sich von Lasten der Vergangenheit zu lösen. Keine guten Aussichten für 2019.

Aus Sudetenpost Folge 12 vom 6. Dezember 2018

– Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) –

Eingang zur Friedhofskapelle Zlabings



Die Friedhofskapelle Hl. Kreuz (1702) ist reich ausgestattet. So befinden sich ein aus dem Jahre 1586 stammendes Reliefportal an der Westseite und der sogenannte „Goldene Altar“, eine besondere, um 1708 entstandene Kostbarkeit, Wandgemälde der Muttergottes aus der Montserratkirche und Ignatius von Loyola, ein Hochaltar vom Anfang des 18. Jh. und auf dem Seitenaltar Vesperbild von 1520 in der Kapelle. Das Steinportal selbst schmücken Engel und Motive des Jüngsten Gerichtes sowie die Wappen des Zacharias von Neuhaus und seiner Gemahlin Anna von Schleinitz

Die nächste Auslieferung des Heimatbriefes erfolgt am 28. 2. 2019

DER SÜDMÄHRER, die Vereinsmitteilung des Südmährerbundes e. V., erscheint monatlich. Im Mitgliedsbeitrag von jährlich € 38.– ist DER SÜDMÄHRER enthalten.

VR 540321 – Amtsgericht Ulm

Herausgeber: Südmährerbund e. V. in der SL, D-73304 Geislingen/Steige, Postfach 1437, Tel. 0 73 31/4 38 93, Fax 0 73 31/4 09 33. Bankverbindungen: Kreissparkasse Göppingen **IBAN:** DE07 6105 0000 0006 0177 50, **BIC:** GOPSDE6GXXX. Bank Austria **IBAN:** AT20 1100 0002 1203 4300, **BIC:** BKAUATWW

Kürzungen und Korrekturen eingesandter Manuskripte vorbehalten. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Einem Teil der Auflage sind Anlagen beigefügt. Herstellung C. Maurer GmbH & Co. KG, 73312 Geislingen (Steige).